

LEBENSART

DAS MAGAZIN FÜR NACHHALTIGE LEBENSKULTUR

JUNI 2012

—goldrausch

Es ist nicht alles fair, was glänzt

—geheimnisvoller böhmerwald

Eine Reise durch urtümliche Landschaften

—defekt nach plan

Der geheime Motor
der Konsumgesellschaft

—birkenzucker

Süßer Schutz für Ihre Zähne



wir müssen **reden**

— Wie Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam einen kulturellen Wandel gestalten können und warum sie in einen Dialog treten müssen, haben Thomas Haderlapp und Rita Trattnigg in ihrer Dissertation erforscht.

THOMAS HADERLAPP, RITA TRATTNIGG

Vor 20 Jahren, am UN-Weltgipfel in Rio, hat das Thema nachhaltige Entwicklung die weltpolitische Bühne betreten. Seither hat sich die Bedeutung der Zivilgesellschaft und die der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sehr verändert. „Beim UN-Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 standen alle NGOs noch vor der Tür und mussten eine Gegenkonferenz machen“, meint ein Vertreter der Zivilgesellschaft dazu. „Heutzutage kommt bei solchen Konferenzen die Mehrzahl der Delegierten aus NGOs,

weil die Regierungen gesehen haben, dass sie ohne diese nicht auskommen. Keine Entwicklungspolitik, keine ökologische Politik, keine soziale Politik, keine Menschenrechtspolitik kann mehr ohne NGOs gemacht werden.“

Und auch dort, wo die Zivilgesellschaft nicht zu Treffen eingeladen ist, haben sich zivilgesellschaftliche Parallelforen entwickelt, wie z. B. das World Resources Forum, welches das Weltwirtschaftsforum in Davos ergänzt. Die Zivilgesellschaft bezieht damit Stellung

in wichtigen politischen Bereichen. Auf europäischer Ebene ist seit April 2012 eine BürgerInnen-Initiative möglich und auf lokaler Ebene gibt es unzählige Partizipationsbeispiele. Die entscheidenden Fragen sind jedoch die nach den übergeordneten Zielen von Politik und Zivilgesellschaft und danach, wie eine partnerschaftliche Zusammenarbeit entstehen kann.

Fürs Gemeinwohl sorgen

Ein verbindendes Element von Politik und Zivilgesellschaft ist die Sorge um

das Gemeinwohl. Beide sehen sich für das Erreichen höchstmöglichen Gemeinwohls verantwortlich. Und genau daraus ergibt sich ein starkes Spannungsfeld: Während die Politik sich dazu legitimiert sieht, den Interessen ihrer WählerInnen zu folgen, sieht sich die Zivilgesellschaft dazu aufgerufen, den Finger auf wunde Punkte zu legen und dort Maßnahmen zu fordern, wo die Politik untätig war oder einen blinden Fleck hat. Deshalb, so eine Interviewpartnerin aus der Zivilgesellschaft, herrsche in der Politik „noch immer dieses Denken vor, dass NGOs Opposition bedeuten und als Ärgernis und Hemmnis gesehen werden.“ Von diesem noch vorherrschenden Verhinderungsimago wegzukommen, scheint eine große Aufgabe für die Zivilgesellschaft zu sein. Aber es gibt auch Politiker, die bereits den Mehrwert des Miteinanders schätzen: „Gute Politik bedeutet, so viele Menschen und Gruppen wie möglich mit einzubeziehen. Das bedeutet aber auch, dass man sich mit den NGOs immer wieder auseinandersetzt. Ich habe keine Angst, mich mit Greenpeace-Aktivisten zusammenzusetzen, genauso wenig wie mit kirchlichen Organisationen. Ich glaube, dass jeder Bereich wichtig ist.“ Denn die Zivilgesellschaft kann der Politik vieles anbieten, z. B. Erfahrungen aus der täglichen Arbeit vor Ort.

Ein neuer Umgang im Verhältnis von Politik und Zivilgesellschaft

Während die Politik dazu neigt, die Zivilgesellschaft tendenziell zu unterschätzen, misstraut die Zivilgesellschaft der – aus ihrer Sicht – interessendominierten Politik. Ein Vertreter der Zivilgesellschaft setzt bereits auf einen neuen Umgang: „Bisher haben sich die Zivilgesellschaft und die Politik viel zu sehr als Gegenspieler gesehen. In Wirklichkeit müssen sie sich als Partner begreifen und können nur miteinander etwas bewegen. Die Politik würde, wenn sie das begreift, auch für die BürgerInnen wieder an Bedeutung gewinnen.“ Der Weg führt also vom Freund-Feind-Schema zum partnerschaftlichen Dialog auf Augenhöhe.


Notwendig für diesen anderen Umgang miteinander sind jedoch gemeinsam gestaltete Spielregeln, wie etwa die finanzielle Bestandssicherheit von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder die institutionalisierte Befassung der Zivilgesellschaft z. B. im Gesetzgebungsverfahren – und dies möglichst frühzeitig: Denn „die Kraft der Zivilgesellschaft liegt in der Innovation, darin, dass man etwas denkt, was vorher noch nicht gedacht wurde. Und das wird bei uns noch falsch gemacht: In Österreich kriegt man einen schon weitgehend fertiggestellten Gesetzesentwurf und darf dann dazu Stellung nehmen. Aber das ist zu spät, dass wirklich etwas Neues herauskommt“, berichtet eine Vertreterin der Zivilgesellschaft aus der Praxis. Für sie sei das Bild des runden Tisches für ein gleichberechtigtes Miteinander wichtig, dass man die NGOs einlädt, die zu einem Thema wirklich etwas wissen, die auch engagiert und bereit sind, etwas zu gestalten. Politik und Zivilgesellschaft könnten sich in einem Wechselspiel gegenseitig ergänzen und (ver-)stärken.

Auf die „Weisheit der Vielen“ setzt bereits eine ehemalige Nationalratsabgeordnete und nunmehrige Lokalpolitikerin: „Wenn mehr Menschen einbezogen sind, dann hat man einfach ein weiteres Spektrum an Möglichkeiten. Wenn eine Person dasitzt, dann hat die ihr Repertoire an Lösungen bei der Hand, die sie eh schon ihr ganzes Leben lang verfolgt. Wenn viele gefragt werden, wächst die Wahrscheinlichkeit, dass die Lösung auch für viele gut ist.“

Erste Methoden und Abläufe für partizipativ-dialogische Politikgestaltung werden derzeit bereits praktisch erprobt. Doch sie benötigen weitere Forschung und mehr Aufmerksamkeit. Eine Politikerin dazu: „Was die breite Befassung der Zivilgesellschaft betrifft, sehe ich momentan kein Modell. Ich sehe die Möglichkeit mit genau definierten Zielgruppen, Experten im kleineren, mittleren Kreis derartige Themen

zu diskutieren, weiß aber nicht, wie die Transformation auf höheres Niveau erfolgen soll.“

Politikgestaltung und gemeinsame Entscheidungsfindung werden in Zukunft verstärkt eines ko-kreativen Prozesses bedürfen, an dem die institutionalisierte Politik, die organisierte Zivilgesellschaft und wir alle beteiligt sind.
Oder



wie es ein Interviewpartner ausdrückt: „Politik und Zivilgesellschaft müssen Zukunftsfähigkeit aushandeln. Dann werden die Bürger wahrnehmen können, dass die beiden gemeinsam etwas bewegen können und sich dann hoffentlich auch wieder einbringen und merken – hoppla, es zahlt sich aus, sich als waches Mitglied der Gesellschaft zu engagieren.“

Infos: Dr.ⁱⁿ Rita Trattnigg ist Expertin für nachhaltige Entwicklung und Begleiterin von Wandelprozessen. Mag. Dr. Thomas Haderlapp ist Lebensqualitätsforscher. Ihre Publikation zum Thema Zukunftsfähigkeit und kultureller Wandel wird im Herbst 2012 erscheinen.